

## BLICKPUNKT: DIE KRISE AUF DER KRIM

## Nach den Panzern rollt der Rubel

Auf der Krim laufen nach dem Referendum die Vorbereitungen für einen Beitritt zur Russischen Föderation an. Die Banken bleiben geschlossen und bereiten die Wiedereinführung des Rubels als Zahlungsmittel vor. Premier Aksjonow fliegt nach Moskau. Zugleich bleibt die Lage im Osten der Ukraine angespannt.

VON ULRICH KRÖKEL, SIMFEROPOL

Der Busfahrer verlangt zwei Rubel und 75 Kopeken für den Weg ins Zentrum. Ein Passagier ist verwirrt und fragt, ob man ihm „einen alten Schein angedreht“ habe. Er hält fünf ukrainische Griwna in der Hand. Doch der Fahrer hat sich nur einen hinterhältigen Scherz erlaubt. Er nimmt die Griwna, denn an diesem Morgen nach dem Russland-Referendum rollt der Rubel auf der Krim noch nicht. Doch das wird sich schnell ändern.

In der Gebietshauptstadt Simferopol patrouillieren noch immer russische Soldaten. Die Flüge nach Kiew bleiben gestrichen, die Banken haben geschlossen. Der international nicht anerkannte Krim-Premier Sergei Aksjonow hat angekündigt, noch in dieser Woche den Rubel als Parallelwährung auf der Schwarzmeer-Halbinsel einzuführen – und das willfährige Parlament schafft mit einem entsprechenden Beschluss Fakten.

Der moskautreue Regierungschef hat offenkundig einen klaren Plan, wie die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation erfolgen soll, und er treibt ihn im Eiltempo voran. Wichtigster Schritt war das Referendum am Sonntag. Nach amtlichen Angaben stimmten knapp 97 Prozent der Wähler für eine „Wiedervereinigung der Krim mit Russland“. Das Krim-Parlament akzeptiert das Votum und erklärt offiziell die Unabhängigkeit der Republik. Aksjonows Regierung stellt ein Beitrittsgesuch zur Russischen Föderation, bevor der Premier am Nachmittag nach Moskau aufbricht.

Dort laufen die Vorbereitungen für den Anschluss der Halbinsel ebenfalls auf Hochtouren. Präsident Wladimir Putin verteidigt das „Recht der Menschen auf der Krim auf Selbstbestimmung“. Heute will er in der Duma eine Grundsatzrede halten. Das Außenministerium gab gestern die Stoßrichtung vor: Die Ukraine müsse künftig ein blockfreies Land mit föderalen Strukturen werden, Russisch als gleichberechtigte Amtssprache anerkennen und auf die Krim verzichten.

Kritische Stimmen verhalten sowohl in Moskau als auch in Simferopol. Dort bezeichnet eine Sprecherin der krimtatarischen Volksgruppe das Referendum als „Komödie“. Tatsache ist: Die Tataren und viele Ukrainer, die zusammen fast 40 Prozent der Krim-Bevölkerung ausmachen, hatten einen Boykott des Referendums angekündigt. Dennoch nennt die zentrale Wahlleitung eine Beteiligung von 82,7 Prozent. Da die Stimmauszählung ohne unabhängige Kontrolle blieb, steht der Verdacht im Raum, dass die Ergebnisse zumindest geschönt sind.

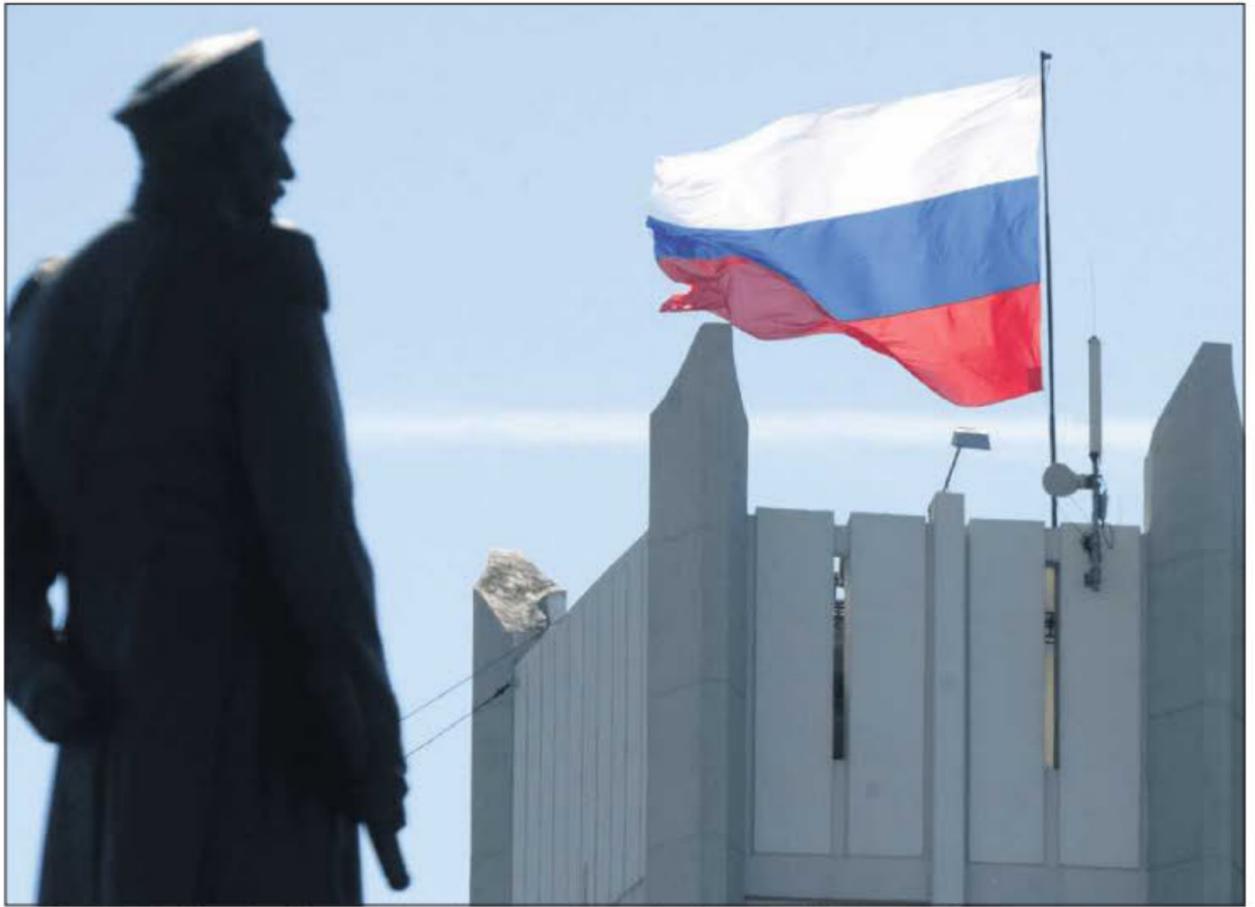
In Simferopol treten diese Fragen allerdings hinter den befürchteten Problemen des Alltagslebens zurück. Die Krim bezieht ihre Energie und ihr Trinkwasser zu großen Teilen von ukrainischen Festland. „Sie werden versuchen, uns auszuhungern“, mutmaßt auf dem Lenin-Platz ein russischstämmiger Rentner. In der Nacht hatten dort Tausende Menschen den Ausgang des Referendums mit Live-Musik, einem Autokorso und Hupkonzerten gefeiert. Sechs von zehn Krim-Bewohnern haben russische Wurzeln. Viele von ihnen haben das Gefühl, nun „nach Hause zu kommen“, wie die Kreml-Propaganda es verkündet.

Es gibt kaum einen Zweifel daran, dass Putin seine neuen alten Landsleute mit reichen Geschenken willkommen heißen wird. Moskau sei bereit, ein gewaltiges Modernisierungsprogramm für die Krim aufzulegen, berichten russische Medien. Sollte die Ukraine den Gas- und den Wasserhahn zudrehen, werde der Kreml schnell „Notmaßnahmen“ einleiten. Worum genau es sich dabei handeln könnte, bleibt offen. Das Parlament in Simferopol stimmt vorsorglich für die Verstaatlichung von zwei regionalen ukrainischen Energieversorgern.

Ukrainische Interimsregierung beschließt Teilmobilisierung der Streitkräfte.

Doch es bleibt viel Raum für Spekulationen. Putin werde seine Armee im Süden oder Osten der Ukraine strategische Schlüsselstellungen besetzen lassen. Bereits am Wochenende hatten rund 80 russische Soldaten ein Gas-Umleitwerk nordöstlich der Krim eingenommen. Dies rief wiederum scharfe Reaktionen in Kiew und westlichen Hauptstädten hervor. Bundeskanzlerin Angela Merkel verurteilte das Vorgehen in einem Telefonat mit Putin.

Dabei schwingt die Furcht mit, die Lage könnte militärisch weiter eskalieren. Vor allem die andauernden Unruhen in den ostukrainischen Industriezentren Charkiw, Donezk und Dnipropetrowsk treiben den Verantwortlichen in Kiew Sorgenfalten auf die Stirn. Die ukrainische Interimsregierung beschließt die Teilmobilisierung der Streitkräfte. Unter dem Codenamen „Russischer Frühling“ plane der Kreml eine groß angelegte Operation separatistischer Provokateure in der Region, erklärt der Chef des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine, Andri Parubi. Eine unabhängige Bestätigung dafür gibt es nicht. Auf dem Lenin-Platz in Simferopol beginnt am Mittag ein Unabhängigkeitsfest – Codename: „Krim-Frühling“.



Russische Flagge über dem Rathaus der Stadt Simferopol: Das Krim-Parlament erklärt die Unabhängigkeit der Republik.

FOTO: AFP

## Zur Sache: Europa zwischen Entschlossenheit und Ratlosigkeit

Die Europäische Union erkennt das Referendum auf der zu Russland drängenden Krim nicht an und leitet eine zweite Stufe von Sanktionen gegen Moskau ein. Allerdings offenbart das gestrige Treffen der EU-Außenminister eine Mischung aus Entschlossenheit und Ratlosigkeit im Umgang der Europäer mit ihrem großen Nachbarn im Osten. Das Dilemma brachte der Luxemburger Jean Asselborn auf den Punkt: „Auch mit den schärfsten Sanktionen der Welt werden wir den Status quo nicht wiederherstellen.“ Die Krim scheint für die Ukraine verloren, allen Drohgebärden zum Trotz; auch der Deutsche Frank-Walter Steinmeier bezeichnete dieses Szenario als „realistisch“.

Offiziell läuft alles im Sinne des Drei-Stufen-Plans, den die europä-

sehen Staats- und Regierungschefs bei ihrem Sondergipfel vor knapp zwei Wochen beschlossen hatten. Nach der Aussetzung von Gesprächen über Visaeleichterungen und ein Partnerschaftsabkommen war die zweite Stufe, welche die Außenminister nun beschlossen haben, für den Fall vorgesehen, dass es auf diplomatischem Wege nicht gelingen sollte, die ohne jedwede politische Vorbereitung angesetzte und ohne alternative Wahlmöglichkeit durchgeführte Volksabstimmung zu verhindern. Da er nun eingetreten ist, werden die europäischen Konten führender Politiker der Krim und Russlands eingefroren; sie dürfen darüber hinaus auch nicht mehr in die Europäische Union einreisen. Die dritte Stufe in Form von Wirtschaftssanktionen ist dann vor-

gesehen, wenn Russland oder im Auftrag Moskaus handelnde „Selbstverteidigungs-Gruppen“ auch im Osten der Ukraine militärisch aktiv werden sollten.

Dass die EU die Situation unter Kontrolle hätte, was das Wörtchen „Plan“ suggeriert, kann jedoch kaum einer behaupten. Hinter vorgehaltener Hand räumt mancher Minister denn auch ein, dass das Geschehen eher einem russischen Plan folgt. Das Hauptaugenmerk für die nächsten zwei, drei Tage liegt nun darauf festzustellen, ob Russland über die Krim hinaus noch territoriale Ambitionen hegt. Dafür soll nun möglichst schnell eine internationale Beobachtersmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in den Osten der Ukraine ent-

sandt werden. Diese soll Steinmeier zufolge „sichtbar“ und zumindest in allen größeren Städten vertreten sein. Sollten dort militärische Aktionen der russischen Seite „belegbar“ sein, würde das nicht nur die großen Sorgen der Osteuropäer bestätigen, sondern auch die von den Staats- und Regierungschefs angedrohten Wirtschaftssanktionen auslösen.

Dabei geht die Interessenlage innerhalb der EU weiterhin stark auseinander. Während etwa Litauens Außenminister Linas Linkevicius kritisierte, er sei „nicht glücklich über die Geschwindigkeit, mit der wir arbeiten“, warnte gestern beispielsweise der Außenminister Zyprens, das eng mit der russischen Wirtschaft verflochten ist, vor den ökonomischen Folgen auch für Europa. (zch)

## „Russland spielt mit dem Feuer“

INTERVIEW: Der Osteuropa-Experte Heiko Pleines über die Zukunft der Krim und der Ukraine – Militärische Eskalation immer noch möglich

Mit dem Referendum auf der Krim ist der Konflikt um die Schwarzmeer-Halbinsel in eine neue Phase getreten. Über die unstrittene Abstimmung, ihre Konsequenzen für die internationalen Beziehungen und die Gefahr eines militärischen Konfliktes in Europa sprach unsere Redakteurin Annette Weber mit Heiko Pleines, Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.



Heiko Pleines

einseitig. Doch auch wenn das Referendum unter fairen Bedingungen abgehalten worden wäre, hätten auf der Krim die Befürworter eines Anschlusses an Russland wahrscheinlich trotzdem eine – wenn auch viel knappere Mehrheit – erzielt. Aber es ging ja nicht um eine sachliche Auseinandersetzung, gewünscht war ein symbolisches Abklingen eines vorher schon feststehenden Kurses.

Wie wird es nun weitergehen auf der Krim?

Die Krim ist für die Ukraine erst einmal verloren und für Russland gewonnen. Ob Moskau die Krim jetzt in russisches Staatsgebiet integriert, was eine Annexion bedeutet, oder die Krim pro forma erst einmal unabhängig bleibt, ist eher eine formale Frage. Völkerrechtlich ist sie relevant, für die Zukunft der Krim und der Ukraine aber nicht entscheidend. In Georgien war die Lage 2008 ja ähnlich. Da stehen die abgepaltenen Gebiete zwar inzwischen unter russischer Kontrolle, gehören aber formal nicht zum Staatsgebiet. Diesmal deutet aber alles darauf hin, dass Moskau einen Schritt weitergehen und die Krim in die Föderation aufnehmen wird. Die entscheidende Frage ist aber, ob dieser Prozess ohne militärische Eskalation ablaufen wird. Die ukrainische Armee steht ja noch auf der Krim und muss bis Freitag ab-



Wie werden sich die auf der Krim stationierten ukrainischen Soldaten (im Vordergrund) verhalten, die bis Freitag abziehen und den russischen Kräften (im Hintergrund) das Feld überlassen müssen?

FOTO: RTR

ziehen. Die ukrainische Flotte ist allerdings blockiert, die Soldaten müssen daher ihre Schiffe zurücklassen und auf dem Landweg zurück nach Kiew. Da muss die Ukraine viel schlucken.

Dazu kommt, dass die Krim in ihrer

Infrastruktur – Wasser, Strom, Erdgas – von der Ukraine abhängig ist. Das könnte Kiew nun blockieren. Und Russland dann wiederum die Gaslieferungen an die Ukraine stoppen... Der dritte Punkt sind die Minderhei-

ten auf der Krim: die Ukrainer und die Krimtataren. Die Frage ist, wie die Russen mit diesen umgehen und wie die Minderheiten reagieren. Man weiß auch nicht, ob auf der einen oder anderen Seite nicht irgendwelche Milizen mit massiven Provokationen beginnen. Insofern spielt Russland mit dem Feuer.

Besteht die Gefahr, dass nach der Krim auch Regionen in der Ost- und Südukraine in Moskau Begehrlichkeiten wecken?

Ich kann Putin nicht in den Kopf schauen. Aber ich kann es mir im Moment nicht vorstellen. Das passt nicht in das Bild, wie sich Russland bisher verhalten hat, beispielsweise im Georgien-Krieg. Sollte Russland in der Ost- oder Südukraine eingreifen, wäre ein militärischer Konflikt mit der ukrainischen Armee unausweichlich. Den könnte die Ukraine zwar nicht gewinnen, aber es gäbe Krieg. Und das hat Moskau bisher vermieden. Auf der Krim gab es bisher keine Kampfhandlungen. Russland hat gemerkt, dass es im UN-Sicherheitsrat isoliert ist, nicht einmal von China gab es Unterstützung. Jetzt noch weiterzugehen – ich glaube, so verzweifelt oder so verückt ist die russische Führung dann doch nicht.

Was derzeit ganz untergeht ist, dass die Ukraine finanziell und wirtschaftlich am Abgrund steht. Die Führung in Kiew ist so mit der Bewältigung der militärischen Krise beschäftigt, dass sie für kaum etwas anderes Zeit hat. Und dann stehen ja auch noch Präsidentschaftswahlen an.

Putin hat also mit seiner Krim-Politik Erfolg. Bedeutet das nicht, dass die Staatengemeinschaft wieder in die Machtpolitik des 19. Jahrhunderts zurückfällt?

Machtpolitik hat meist Erfolg. Das ist so, das müssen wir leider zur Kenntnis nehmen. Es fragt sich allerdings, ob das vorher anders war. Auch die USA haben so gehandelt, wenn auch aus moralisch anders begründeten Motiven. Denken wir nur an den Balkan, Afghanistan, Irak oder Libyen. Das war auch Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Neu ist nur, dass sich auch andere das wieder trauen, nämlich Russland und zu mindest rhetorisch zunehmend auch China. Peking hat noch nichts unternommen. Aber wenn man die verbalen Ausfälle wegen der umstrittenen Inseln im südpazifischen Meer anschaut, sieht man, dass auch China diesen Weg geht.

Putin wollte immer als Gegengewicht zur Europäischen Union eine eurasische Union. Und die macht ohne die Ukraine keinen Sinn. Die Ukraine hat er ganz nicht bekommen. Aber mit der Krim hat er nun einen Fuß in der Tür und hofft, dass die Stimmung in der Ukraine irgendwann einmal kippt und sich deren Regierung wieder Russland annähert. Spätestens vor zwei Jahren hätte die EU merken müssen, dass die Annäherung der Ukraine an die Europäische Union für Russland kaum tolerierbar ist. Das wäre der Zeitpunkt für Verhandlungen mit Moskau gewesen. Ob man dann einen für beide Seiten gangbaren Weg ohne faule Kompromisse gefunden hätte, weiß allerdings niemand.